

FW 20.09.2018

Rot-Rot-Grün: Aus für Beiträge geht schnell

Jahrzehntelang wurde in Thüringen erbittert um die Beiträge für den Straßenausbau gestritten. Nun stehen die Chancen gut, dass diese Abgaben wegfallen.

Erfurt – Vertreter der rot-rot-grünen Landesregierung sehen gute Chancen, die Beiträge von Anwohnern zum Straßenausbau zügig abzuschaffen. Grünen-Fraktionschef Dirk Adams zeigte sich optimistisch, eine entsprechende Gesetzesänderung noch in diesem Jahr vom Landtag beschließen zu lassen. „Wenn wir uns alle einig sind und der Städte- und Gemeindebund beim guten Ausfertigen des Gesetzes behilflich ist, sollte das gelingen“, sagte Adams am Mittwoch in Erfurt.

Die Abschaffung soll allerdings nur für künftig anfallende Beiträge gelten. Bisher aufgelaufene Zahlungsverpflichtungen



Die Straße wird erneuert – wer zahlt?

Foto: Cartheinz Zitzmann

bleiben bestehen.

Auch die Fraktionsvorsitzende der Linken; Susanne Hennig-Wellsow, geht davon aus, dass noch in diesem Jahr ein Entwurf im Landtag zumindest besprochen werden kann. „Aber ich kann nicht sagen, ob wir es

tatsächlich schaffen, es in diesem Jahr auch noch zu beschließen“, sagte sie und verwies auf Fristen, die es etwa für Anhörungen zu beachten gelte.

Bislang verlangen Kommunen in Thüringen für den Bau oder die Sanierung von Straßen von den Anliegern Gebühren. Vergangenes Jahr hatte die Landesregierung beschlossen, dass wohlhabende Kommunen ab 2019 darauf verzichten können.

Diese Regelung versetzt die Regierungskoalition nun bei der gänzlichen Abschaffung der Gebühren unter Zeitdruck. „Wir würden ungern Kommunen in die Bredouille bringen, sich noch entscheiden zu müssen“, sagte Hennig-Wellsow. dpa